

Volkswacht

für Schlesien

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsgesellschaft und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Rente: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: In 1000 Meter für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien
1. Spalte 20.- Mt., 2. Spalte 15.- Mt., 3. Spalte 10.- Mt., 4. Spalte 8.- Mt., 5. Spalte 6.- Mt., 6. Spalte 5.- Mt., 7. Spalte 4.- Mt., 8. Spalte 3.- Mt., 9. Spalte 2.- Mt., 10. Spalte 1.- Mt.
Längere Anzeigen pro Wort 2.- Mt., bei 1000 Worten 1.- Mt., bei 2000 Worten 1.- Mt., bei 3000 Worten 1.- Mt., bei 4000 Worten 1.- Mt., bei 5000 Worten 1.- Mt., bei 6000 Worten 1.- Mt., bei 7000 Worten 1.- Mt., bei 8000 Worten 1.- Mt., bei 9000 Worten 1.- Mt., bei 10000 Worten 1.- Mt.
Längere Anzeigen pro Wort 2.- Mt., bei 1000 Worten 1.- Mt., bei 2000 Worten 1.- Mt., bei 3000 Worten 1.- Mt., bei 4000 Worten 1.- Mt., bei 5000 Worten 1.- Mt., bei 6000 Worten 1.- Mt., bei 7000 Worten 1.- Mt., bei 8000 Worten 1.- Mt., bei 9000 Worten 1.- Mt., bei 10000 Worten 1.- Mt.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Fürststraße 43, auch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graubühnenstraße 140, sowie durch Zweigstellen, Abzweigungen, Postämter, Buchhandlungen, etc., zu beziehen. Preis pro Quartal 3.00 Mt., pro halbjährlich 6.00 Mt., pro jährlich 12.00 Mt. Von der Volkswacht Nr. 1-12, Preis pro Quart 3.00 Mt., pro halbjährlich 6.00 Mt., pro jährlich 12.00 Mt.

Ungünstiges Provisorium?

Trübe Aussichten!

In den Vorberatern über die Stellungnahme der deutschen Regierung zu der Pariser Konferenz hat nach unsern Informationen eine Reihe von Politikern, z. B. auch der Reichsfinanzminister, den Standpunkt vertreten, daß eine Endlösung noch nicht zustande kommen werde. Die Mehrheit des Kabinetts war aber optimistisch und so hat sich vor allem Herr Cuno selber und der Außenminister auf diesen unglücklichen Fall überhaupt nicht eingestellt. Nach dem Schema der deutschen Speisekarte sahen sie auf der einen Seite alle Wirtschaftsvernunft, auf der anderen nur Poincaré als machtgierigen Wüterich und zweifellos infolge dessen nicht am Siege der wirtschaftlichen Logik. Der wertvolle Gedanke des Friedenspactes wurde gemäß dieser Auffassung aufgelesen, während eine bessere Fühlungnahme unseres auswärtigen Amtes mit den Völkerbundinstanzen in Gené genauere Kenntnisse hätte vermitteln können, welche tatsächliche Möglichkeiten nach der Brüning verhandelter früher Friedensgarantiepläne im Völkerbund noch Aussicht haben. Herr Beramann, dessen offizielle Anmeldung nicht etwa sofort nach der Einberufung der Konferenz erfolgte, sondern nach unbestimmten Meldungen der amtlichen Auslandsagenturen erst nach Neujahr, wird tatsächlich vorläufig nicht gehen. Kurz, die Entwicklung der Konferenz erscheint überaus bedenklich, und man muß leider sagen, daß ein großer Teil der großen Anstrengungen des deutschen Volkes und insbesondere seiner arbeitenden Klassen in der Erfüllungspolitik nicht nur durch den fiskalischen Eigennutz aller Ententemächte, sondern auch durch bürokratische Ungeschicklichkeit und Freitgelmütigkeit unserer gegenwärtigen außenpolitischen Führung um ihre Früchte kommt.

Was haben wir zu erwarten, wenn jetzt keine Endlösung zustande kommt? Der Ausblick nach Amerika, zu dem wiederum Herr Cuno zu neigen scheint, so böse Erfahrungen er auch zuletzt mit Washington als

Bermittler machte, gibt keineswegs sichere Hoffnungen. Das Staatsdepartement der Vereinigten Staaten will im Falle des Scheiterns der Konferenz bekanntlich die Feststellung der Endsumme der deutschen Schulden durch eine unpolitische Sachverständigenkonferenz anregen. Aber der Zahlungsmodus, die Garantieforderung usw., soll dort überhaupt nicht berührt werden. Und eine Endsumme, deren Zahlungsfristen nicht feststehen, hat selbstverständlich überhaupt keine Bedeutung. So ist irgend eine provisorische Lösung in jedem Falle zu erwarten, da ja gegenwärtig nicht einmal Klarheit über die Leistungen zum nächsten Zahlungstermin in zehn Tagen besteht. Ueber den Inhalt eines solchen Provisoriums müssen wir uns aber nach dem bisherigen Konferenzverlauf die ungünstigsten Vorstellungen machen. Der italienische Plan, der bereits als eine Kompromißlösung erscheint, lehnt sich gerade in der Frage der Pfänder bedenklich an die französischen Vorschläge an. Die Belgier, deren Prioritätsrechte durch den englischen Plan bedroht erscheinen, nähern sich ebenfalls dem französischen Standpunkt. „Enttüllungen“ über Poincaré's Vorkriegsschulden, mit denen unsere Schuldfragenpolitiker diese Mächte zu beeinflussen suchen, sind gegenüber geschäftlichen Erwägungen herzlich gleichgültig. Ein Provisorium in der Richtung des italienischen Vorschlages würde die Unproduktivität des Pfändergedankens zwar auch bald erweisen. Aber die deutsche Wirtschaft könnte bei diesem Experiment vor allem durch endgültige Zerrüttung der Reichsfinanzen so durcheinander gebracht werden, daß sich bei einer nächsten Konferenz dann eine wirtschaftliche Lösung der deutschen Frage überhaupt nicht mehr als möglich herausstellt. Von der Verbesserung unserer außenpolitischen Lage durch die sozialistische Bürgerregierung, die uns so fest versprochen worden ist, bleibt also — wir sagen leider, denn wir müssen es mitbüßen! — nichts zu spüren. Deutschlands Aussichten sind trüber wie je. —m.

Der italienische Vorschlag.

Der von der italienischen Delegation der Konferenz der Alliierten in Paris vorgelegte Entwurf des Reparationsplanes geht bei der Lösung des Reparationsproblems von folgenden Grundgedanken aus: Man müsse jede Lösung, die nur eine Teillösung oder eine Scheinlösung ist, zurückweisen. Die italienische Regierung könne auch nicht auf einen geringen Teil der Reparationsansprüche verzichten, es sei denn, daß ein gerechter Ausgleich keine Lösung erfolge. Die italienische Regierung verlange deshalb aufrichtig und loyal, daß ein derartiger Ausgleich von englischer Seite ermöglicht werde. Ein derartiger Ausgleich würde auch eine russisch-deutsche Allianz die sich am Horizont abzeichnet, verhindern. Endlich verlange die italienische Regierung die Regelung der deutschen Restschulden durch Bewilligung eines Moratoriums und ihre Erfüllung durch eine Anleihe, deren Modalitäten und Garantien später festzulegen seien. Der Plan unterbreitet u. a. folgende Vorschläge:

Die deutschen Schulden werden auf den Betrag der Serien A und B, also auf 50 Milliarden, herabgesetzt. Teufel Land werde ein Moratorium von 2 Jahren gewährt gegen Pfänder, über die später gesprochen werde. Deutschland werde in kürzester Frist eine Anleihe von mindestens drei Milliarden Goldmark abzurufen, wozu ein Teil zur Stabilisierung der Mark und zur wirtschaftlichen Wiederherstellung Deutschlands verwendet werde nach den Vorschlägen der wirtschaftlichen und finanziellen Sachverständigen, die durch Reichsfinanzminister Dr. Brüning nach Berlin berufen wurden. Die Mächte, die auf Reparationen Anspruch hatten, verlangten von Deutschland Fortsetzung der Sachlieferungen. Die Sachlieferungen würden Deutschland aus der deutschen Anleihe bezahlt.

Die produktiven Pfänder, die die italienische Regierung vorschlägt, sind die folgenden: 1. Kontrolle über die Ein- und Ausfuhrzölle. 2. Direkte Zoll-erhebung seitens der Alliierten an den üblichen Grenzen des Rheinlandes, die bereits 1921 durchgeführt wurde. Der Ertrag wird auf 140 bis 180 Millionen Goldmark im Jahre geschätzt. 3. Kontrolle der Staatsbetriebe und der deutschen Dominalforsten. Die von den Delegierten der verbündeten Regierungen oder von der Reparationskommission ausübende Kontrolle würde auch einen größeren Halleinschlag gestatten und infolgedessen eine regelmäßige, noch umfangreichere Lieferung von Holz gestatten. 4. Kontrolle der Produktion der Staatsbergwerke im Ruhrgebiet. Diese Kontrolle würde die Kostenleistungen auf Reparationskonto sicherstellen sowie die nötigen Kohlenmengen für das Rheinland gegen etwaige Verträge des Deutschen Reiches, eine wirtschaftliche Krise im besetzten Gebiet heraufzubekommen.

Eine offizielle amerikanische Erklärung über die Ablehnung der Weitergabe des Cunoschen Friedenspactes.

Aus Washington meldet das WTB: Das Staatsdepartement veranbart, daß der vom Reichsfinanzminister Dr. Cuno erwähnte Vorschlag auf den Fall, nach welchem sich die am Rheinland interessierten Mächte freiwillig untereinander verpflichten und den Vereinigten Staaten das Verprechen geben sollten, ohne Ermächtigung durch eine Volksabstimmung für ein Menschenalter nicht zum Kriege zu greifen, der französischen Regierung von Hughes nicht formell übermittelt worden sei, da eine unformelle Erfindung ergeben habe, daß der Pakt für Frankreich nicht annehmbar sei. Die Verlautbarung liegt als Information hinzu, daß es sich um die Länder Frankreich, England, Italien und Deutschland handelt.

Die Orientkonferenz.

Aus Lausanne meldet das WTB: Lord Curzon ist aus Paris zurückgekehrt. Der zweite russische Delegierte Katomski ist nach Constantinopel abgereist. Inzwischen wird dagegen, wie man in Kreisen der russischen Delegation berichtet, bis zum Ende der Konferenz hier bleiben. Die Verhandlungen haben gestern einen ruhigen Verlauf genommen, jedoch wartete man mit großer Spannung Nachrichten von der Pariser Konferenz ab, von denen man entscheidenden Einfluß auf die Lausaner Ereignisse vermutet. Inzwischen laufen hier die verschiedenartigen Gerüchte um. Einerseits wird behauptet, daß die türkische Abordnung aus Ankara keine Instruktionen erhalten habe, während gleichzeitig erklärt wird, daß die Alliierten den Türken noch vor Ablauf der Woche ein endgültiges Friedensprogramm unterbreiten wollen.

Der Reichsjustizminister in München.

München, 3. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Reichsjustizminister Dr. Heineke trifft heute abend in München zu einem offiziellen Besuch ein. Er wird mit dem bayerischen Justizminister Dr. Görtner, der die jüngsten Verhandlungen über die Durchführung der Republik-Schuldenleihe mit dem jüngsten Reichsjustizminister Dr. Radbruch geführt hat, über alle Fragen verhandeln, die das Zusammenarbeiten der Justizverwaltung in Bayern mit dem Reichsjustizministerium betreffen. Dazu gehören außer der Durchführung der Umanlagen zwischen Berlin und München auch die geplanten Reformen auf dem Gebiete des Rechtswesens. Nach offiziellen Meldungen hat der bayerische Ministerpräsident die grundsätzlichen Fragen, die bei der Unterbreitung aufgeworfen werden, vorbereitet. Es kann als wahrscheinlich angenommen werden, daß auch die Rechtspflege der Volksgerichte, insbesondere auch der Fall Sachenbach, Gegenstand der Beratungen sein werden.

Der Verlauf der ersten Sitzung.

Ueber die erste Konferenz, die sehr kurz war, da keine eigentliche Diskussion stattfand, berichtet die Agence Havas: Poincaré habe an erster Stelle gesprochen und, nachdem er nochmals auf die Verwicklungen Deutschlands bei der Auslieferung der Sachlieferungen hingewiesen hatte, den Plan seiner Regierung in großen Zügen, der bereits erfolgten Veröffentlichung entsprechend, entwickelt. Nach Poincaré hätten auch die englischen und italienischen Delegationen ihre Pläne vorgelegt, die erläutert wurden von Bonar Law und Marquis della Sorella. Die Konferenz vertagte sich abends auf Mittwoch nachmittags, um den verschiedenen Delegationen Zeit zu lassen, die verschiedenen Theorien getrennt zu studieren. Diese zuerst für 3 Uhr nachmittags vorgesehene Sitzung wurde erst für später festgelegt. Auch die vorgesehene Beratung der alliierten Sachverständigen sei vertagt worden, bis die Führer der Delegationen sich über die Grundzüge der vorgelegten Pläne ausgesprochen hätten. Endlich scheint für den Augenblick nicht die Rede davon zu sein, ein Exposé neuer deutscher Vorschläge durch den Staatssekretär a. D. Bergmann entgegenzunehmen.

Nach einer Mitteilung des diplomatischen Mitarbeiters der französischen Havas-Agentur nannte Poincaré in seiner Kritik des englischen Plans diesen eine Abänderung der Vorarbeiten des Pariser Vertrages, die nicht Sache einer Konferenz sei, sondern nur durch einen internationalen Akt aller Signatarmächte zustande kommen könnte, wie der Vertrag selbst. Der englische Vorschlag trenne die deutsche Schuld in einen festen und einen veränderlichen Teil, beziehe also das deutsche Verlangen nach endgültiger Festlegung der Schuld nicht. Die Rechte der Alliierten würden dadurch angetastet, daß auf deutsches Verlangen ein Schiedsgericht den zweiten Teil völlig beiseite räume. Die Möglichkeit der Abkündigung des deutschen Finanzministers könne Frankreich, Belgien und Italien mit 70 Prozent Anteil an der deutschen Schuld in die Minderheit setzen. Die Vorschläge bezüglich der Ausgleichszahlungen und Sachlieferungen seien vertragswidrig.

Bei der Behandlung der Frage des Moratoriums bemängelte es Poincaré, nach einer anderen Meinung, daß keine Garantie, kein Pfand die Sicherheit biete, daß Deutschland nach dem Moratorium zahlen werde. Augenblicklich habe Deutschland keine äußere Schuld; die innere betrage nur noch einige Milliarden Goldmark. Dazu werde Deutschland allein in Europa keine innere Schuld mehr haben. Poincaré kritisierte weiter die finanziellen Vorschläge und den Discontierungsplan. Frankreich würde danach von den deutschen Reparationen nur 10,4 Milliarden Goldmark erhalten. Schließlich behandelte Poincaré die Einwirkung des englischen Plans auf die Regelung der interalliierten Schulden.

Die Agence Havas weiß noch zu melden: Theunis (der belgische Delegierte, Red.) erklärte in der Konferenzsitzung, das englische Memorandum habe die Belgier ebenfalls enttäuscht wie die Franzosen. Er bedauere, daß Belgien nicht wie bei den früheren Konferenzen die Rolle eines Vermittlers spielen könne. Theunis wies auf den fortgeschrittenen schlechten Willen Deutschlands hin, der sich seit Spa immer verstärkt habe. Der englische Plan las der Priorität Belgiens Abbruch. Poincaré habe alles gesagt, was über den englischen Plan zu sagen sei. Theunis las eine provisorische Lösung vor, aus der die Erörterung der interalliierten Schulden ausgeschlossen werde und die für ein Jahr das französische Moratoriumsprogramm mit Pfändern enthalte.

Ein italienischer Delegierter hat, sein Exposé auf morgen verschoben zu dürfen, da ihm noch gewisse technische Einzelheiten fehlten.

Bonar Law hielt die Gesamtheit seiner Propositionen, namentlich seinen Widerstand gegen jede Pfändernahme, aufrecht und erklärte, die britische Delegation werde morgen eine eingehende Note als Antwort auf die Kritiken von Poincaré und Theunis veröffentlichen.

Der Havas-Berichtshalter erklärte, die Meinungsverschiedenheiten seien grandlegend. Ein Abkommen scheine unwahrscheinlich, jedoch sei es möglich, daß die italienischen Delegierten ein Kompromiß überbringen, falls die Alliierten ihre Uneinigkeit über die Mittel, Deutschland zum Zahlen zu bringen, feststellen müßten, werde Frankreich gezwungen sein, allein zu handeln.

Die Finanzkontrolle nach englischem Plan.

Der englische Reparationsplan, den unsere Leser in den Grundzügen kennen, sieht als Organ zur Überwachung der deutschen Finanzen einen Finanzausschuß aus Personen vor, die von Großbritannien, Frankreich, Belgien und Italien bestehen werden, und aus zwei Mitgliedern amerikanischer oder neutral-europäischer Nationalität. Den Vorsitz soll der deutsche Finanzminister führen, der aber nur im Falle der Stimmengleichheit eine Stimme haben würde. Diese Verbindung des Finanzministers mit dem Ausschuss würde die einzige Methode sein, durch die eine fremde Einmischung an den demokratischen deutschen Mechanismus angepaßt werden kann. Der Finanzausschuß würde bei jeder Gelegenheit Beratungen abzuhalten haben, welche die Ausübung der Exekutivgewalt verlangen, die gegenwärtig bei der Reparationskommission und beim Garantenausschuß liegt. Die Reparationskommission könnte erforderlichenfalls als rein richterliche Instanz beibehalten werden.

Ein Dollar (vorläufig) 7700 Mark.

Was von der Zwangsanleihe übrig bleibt.

Gefährliche Irrwege deutscher Finanzpolitik.

Das am 29. Dezember ausgegebene Reichsgesetzblatt Nr. 85 veröffentlicht das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zwangsanleihe. Seine genauere Betrachtung ist erforderlich, weil die vorgenommenen Änderungen, die nunmehr Gesetzeskraft erlangt haben, den bürgerlich-kapitalistischen Charakter der gegenwärtigen Regierung und der sie unterstützenden Parteien mit schonungsloser Deutlichkeit enthüllen. Das traurige Kapitel der deutschen Steuerpolitik der letzten Jahre, in der wie in der Wirtschafts- und Finanzpolitik überhaupt der sozialistische Einfluß gegenüber der in allen diesen Fragen zu einer kompakten Masse sich zusammenschließenden bürgerlichen Mehrheit am wenigsten sich durchsetzen konnte, ist um einen weiteren für die Wirtschaft überaus lehrreichen Abschnitt bereichert worden. Zugleich beweist dieser unerschütterliche und einwandfreie, mit welcher brutalen Rücksichtslosigkeit ein rein bürgerlich zusammengesetztes Kabinett die Hemmungen abstreift, die die Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierung einer Steuerpolitik vom Standpunkt des reinen Besitzinteresses immerhin doch zu bereiten vermochte, und mit welcher uneingeschränkter Bereitschaft es die Diktate des Agrar-, Industrie- und Finanzkapitals ausführt.

Das neue Gesetz bringt einige wichtige Veränderungen gegenüber den früheren Bestimmungen, die äußerlich als „Verbesserungen“ feiert sind, in Wirklichkeit grundlegende Verschlechterungen geistlich festlegen. Im ersten Paragraphen wird die Bestimmung getrichelt, daß die Zwangsanleihe auf einen Wert von 70 Milliarden Mark begrenzt bleiben solle. Dies war die ursprünglich angenommene, nach dem Dollarkurs zur Zeit der Annahme des Gesetzes einer Milliarde Goldmark gleichwertige Summe. Der Wert dieser Papiermilliarden macht nach dem gegenwärtigen Dollarkurs nur noch den 25. Teil aus, den er damals darstellte. An sich ist es also durchaus begrüßenswert und entspricht ganz unseren Anschauungen, wenn die Begrenzung der Anleihe auf 70 Milliarden Papiermark nunmehr fortfällt. Indessen hat die Regierung und haben die bürgerlichen Parteien die Bewertungsmassstäbe für den Sachwertbelik derart festgelegt, daß die Sachverständigen mit einer nur etwa doppelt so hohen Zeichnungssumme rechnen, und daß dadurch die Heranziehung zur Zwangsanleihe in der im ursprünglichen Gesetz beabsichtigten Höhe völlig illusorisch gemacht wird. Die 140 Milliarden Mark, mit denen man rechnet, stellen ihrem inneren Wert nach rund den 12. Teil der Summe dar, die bei Erlaß des ursprünglichen Gesetzes 70 Milliarden Papiermark ausmachten. Das bedeutet nichts anderes, als daß von der ursprünglich unter Mitwirkung unserer Partei festgelegten Belastung der Besitz 92 Prozent erspart und nur 8 Prozent „spart“. Man wird nicht behaupten können, daß diese „Verbesserung“ geeignet sei, den schärfsten Widerspruch gegen die Maßnahmen der Regierung auf steuerlichem Gebiete auch nur um einen Ton milder zu lassen.

Es ist interessant, festzustellen, durch welche Art von Entgegenkommen an die bestehenden Kreise im einzelnen die ursprünglichen Grundlagen der Besitzbelastung — auch die Vermögenssteuereinschätzung wird überaus auf diesen Grundlagen beruhen — erschüttert worden sind. Den Reigen der Empfänger von steuerlichen Liebesgaben eröffnet die notleidende Landwirtschaft und die Industrie; das braucht uns bei der Gestaltung unserer Wirtschafts- und Ernährungspolitik vor allem auch in der jüngsten Zeit nicht weiter Wunder zu nehmen. Die Regierung wird den Sachbesitz der Landwirte, der Industriellen, des Waldbesitzers usw. mit dem vollen Zehnfachen des Friedenswertes bewerten! Das ist in einer Zeit, in der die landwirtschaftlichen und industriellen Produkte das tausend- bis zweitausendfache des Friedenspreises erzielen, in der für manche Waren, wie zum Beispiel für Holz, das dreitausendfache und noch mehr gezahlt wird, ein lächerlich geringer Betrag. Er bedeutet, wie die Regierung stolz ankündigt,

eine Verdoppelung der bisher mit dem fünffachen angelegten Bewertung. Ohne Zweifel richtig. Aber während der fünffache Maßstab des Friedenswertes zur Zeit der Schaffung des Gesetzes den 14. Teil des am Dollarkurs und den 11. Teil des an den Großhandelspreisen gemessenen Wertes darstellte, macht gegenwärtig das Zehnfache nur den 180. Teil des am Dollarkurs und den 140. Teil des am Großhandelspreis gemessenen Wertes aus. Waren die damaligen Maßstäbe bereits unbefriedigend, so sind die gegenwärtigen so verzerrt, daß sich bereits aus dieser Veränderung die starke Herabminderung des wahren Wertes der erwarteten Zeichnungsbeträge gegenüber früher erklären würde.

Die „Verbesserung“, die die Bewertung inländischer und ausländischer Wertpapiere in dem neuen Gesetz gegenüber dem ursprünglichen erfahren hat, ist acquiriert, dies Bild zu vervollständigen. Nach den früheren Bestimmungen sollte der Wert der Effekten, Anleihen usw., nach einem Durchschnittssatz berechnet werden. Der sich aus ihrem Kurse vom 30. Juni 1920, 1921 und 1922 ergeben würde. Dies war gegenüber dem ersten Regierungsvorschlag, den 28. April als Stichtag für die Effektenbewertung zu wählen, bereits damals ein von den bürgerlichen Parteien durchgedrücktes Entgegenkommen an das Kapital, da die Kurse entsprechend der fortgeschrittenen Geldentwertung in der Zeit von 1920 bis 1922 gestiegen waren und der Durchschnittskurs daher im allgemeinen, wenn auch nicht allzu bedeutend, tiefer lag als der Kurs des April 1922 allein. Wenn nach den gegenwärtigen Bestimmungen für die Bewertung der Papiere neben dem ursprünglich angelegten Durchschnittskurs auch noch der Kurs der Effekten vom 3. Oktober 1922 gültig sein und aus diesen beiden Werten das Mittel als endgültiger, der Steuer zugrunde zu legenden Wert errechnet werden soll, so mag dies ebenfalls äußerlich wie eine Verbesserung aussehen, da mit dem weiteren Fortschritt der Geldentwertung auch der Kurswert der Papiere im Oktober 1922 sich abermals und zumeist beträchtlich gehoben hatte. In Wirklichkeit aber hat gerade erst im letztvergangenen Vierteljahre die stürmische Haufe auf dem Markt der Wertpapiere eingeseht, durch die die Kurse von Anfang Oktober, ganz zu schweigen, von denen des Juniendes der drei letzten Jahre, vollkommen überholt worden sind. Vom 3. Oktober, bis zum letzten Börsentag des vorigen Jahres, dem 29. Dezember, sind Montanwerte wie Deutsch-Luxemburger (vom Stinneskonzern) von 3050 auf 23 500, Harpener von 5600 auf 69 900, Mannesmann von 2149 auf 15 000 gestiegen. Von anderen bekannten Werten notierten Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft zu gleichen Terminen 895 und 6000, Siemens und Halske 2100 und 20 500, Schöller Farben 1440 und 7450, Deutsche Bank 660 und 8350, Diskontogesellschaft 422 und 3600. Das sind nicht etwa Werte, die denen eine a u s n a h m s w e i s e große sprunghafte Steigerung zu verzeichnen ist; sondern das Maß ihres Steigens ist gleichzeitig auch kennzeichnend für die Entwertung der sonstigen Wertpapiere. Man kann ohne Übertreibung behaupten, daß im allgemeinen günstigenfalls nach der gegenwärtig festgelegten Art der Bewertung der Effektenbelik mit 8 Prozent des wirklichen Wertes, den er nach den augenblicklichen Kursen darstellt, zur Zeichnung herangezogen wird. In dieser Begünstigung liegt vor allem deshalb ein so empörendes Unrecht, weil den bürgerlichen Parteien und der Regierung die Entwicklung der Bewertung der Effekten, die sich inzwischen vollzogen hatte, bei der Beratung des Gesetzes bereits bekannt war und weil trotzdem alle Anträge der Sozialdemokratie im Steueraussschuß wie im Plenum, die die Bewertung der Wertpapiere ebenso wie die aller Sachwerte entsprechend ihrem wirklichen Werte Ende Dezember 1922 verlangten, abgelehnt worden sind.

Das hier geübte Verfahren zeigt nicht nur das Bild einer in höchstem Maße unsozialen Steuererhebung, die abermals dem Besitz die Vorteile, dem Einkommen der arbeitenden Klassen die Nachteile der fortgeschrittenen Geldentwertung auf steuerlichem Gebiete zuweist. Sie ist auch volkswirtschaftlich betrachtet, ungemein verhängnisvoll und töricht. Hat sie doch geradezu die

Flucht vor der Mark begünstigt, deren Wert zu erhalten, vornehmste Pflicht jeder ihrer Verantwortung sich bewußten deutschen Regierung sein müßte. Daß heute das Kapital aus der Mark in Sachwerte flüchtet, und die Geldentwertung damit beschleunigt, ist, so lange der Niedergang der deutschen Wäluuta anhält, ein nicht zu hemmender Vorgang, gegen den mit Moralpredigten vorzugehen alles andere als Verständnis für wirtschaftliche Dinge und für die Grundlagen der sozialistischen Kritik an der kapitalistischen Wirtschaft beweist. Daß aber der Staat diese Entwicklung steuerlich begünstigt und denjenigen Anleihezeichner, der Sachwertbeteiligung statt Markbesitzes sucht, zwölfmal so gut stellt, wie den, der an der deutschen Mark festhält oder den, der seine Kreditsanleihe oder andere Staatspapiere behalten hat, zeugt von völliger Verleumdung der Aufgaben, die eine „staats-erhaltende“ Regierung hat, die diesen Ausdruck des schlagwortartigen Charakters entleeren und ihn mit positivem Gehalt erfüllen will. Durch ihr Vorgehen hat die Regierung und die Reichstagsmehrheit die Spekulation in den letzten beiden Dritteln des Monats Dezember geradezu geizig; konnte doch niemand etwas besseres tun, als unter Ausnutzung jeder Art von Kredit Effekten anzukaufen, um auf diese Weise voll vom Vermögen abzusaugen, die Markschulden einem als einem Bruchteil des Wert berechneten Effektenbelik entgegenzusetzen und seine Zeichnungspflicht und seine Vermögenssteuerpflicht entsprechend zu verringern. Die steuerlichen Gründe für die Effektenhaufe in der zweiten Dezemberhälfte wird in fast jedem Börsenbericht genannt.

Der Ausgangspunkt des Weges zur Stabilisierung der Mark liegt, wie wir schon oft betont haben, nicht in London, nicht in Paris und nicht in New York, sondern er liegt in Berlin. Wie will eine Regierung, deren steuerpolitische Maßnahmen nicht einer Stabilisierung dienen, sondern die Flucht vor der Mark begünstigen und die Geldbeschaffungsmöglichkeiten für das verarmte Reich nicht voll ausnützen, die auswärtigen Staaten von der Ehrlichkeit eines auf der Markstabilisierung ausgehenden Programmes überzeugen? Wie will die Regierung Cuno-Beder nach derartigen Vorgängen dem Inland und dem Auslande klar machen, daß sie nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten sich um Stabilisierungsprogramm der Regierung Wirtschaft Robert Schmidt bemüht? Vielleicht durch die monatlich zehnprozentige Erhöhung des Zeichnungsspreises für die, die die Anleihe bis zum 28. Februar 1923 noch nicht gezeichnet und das Geld noch nicht eingezahlt haben? Auch sie stellt lediglich eine Halbschuld dar. Eine Spekulation auf den weiteren Niedergang der Mark und das Bestreben, durch Hinausschieben der Einzahlung von einem neuen erwägigen Marksturz zu profitieren, hätte nur eine Bestimmung verhindert, die dem am Dollarkurs gemessenen weiteren Sinken des deutschen Geldwertes entsprechende Aufschläge auf den Nennwert, mindestens jedoch eine monatlich 10prozentige Erhöhung vorgelesen hätte. So wie der Paragraph geist ist, zeigt er lediglich das Bestreben der Regierung und der bürgerlichen Parteien, durch scheinbar scharfe Bestimmungen, von deren Unzulänglichkeit im entscheidenden Falle sie jedoch selbst überzeugt sind, dem Volke Sand in die Augen zu streuen.

Alles in allem: abermals hat der Besitz es verstanden, sich einer wirklich wirksamen Belastung zu entziehen; abermals hat das Reich Möglichkeiten zur finanzpolitischen Festigung sich entgehen lassen; und abermals hat die nationaleistische Clique in Frankreich Gelegenheit und Veranlassung, sich beim deutschen Bürgerstüm für die schönen Trümpfe zu bedanken, die es ihr beim Spiel um Einheit und Bestand der Deutschen Republik in die Hand gibt. jh.

Ende des Bürgerkrieges in China.

Im Ministerium des Innern ist ein Telegramm aus Canton eingetroffen, welches besagt, die Regierung von Canton habe beschlossen, die Zentralregierung anzuerkennen und sich mit ihr zu vereinen.

Man nennt mich Zimmermann.

Roman von Upton Sinclair.

24) (Nachdruck verboten.)
XXVI.
In diesem Augenblick der Krise sah ich einen jähren Entschluß. Das einzig Vernünftige war, dem Angriff nicht zu begegnen, Zimmermann unter den richtigen Bedingungen zu landen. Er war ja wirklich ein wunderbarer Mensch, verdiente es, anständig behandelt zu werden. Ich wandte mich an den Reporter. „Hören Sie, dieser Herr ist ein Mensch mit außergewöhnlichen Fähigkeiten; er nimmt für seine Heilungen kein Geld; wollen Sie unbedingt über ihn berichten, so tun Sie es auf würdevolle Art.“
„Selbstverständlich. Ich müßte gar nicht.“
„Ihr Redakteur dürfte anderer Ansicht sein“, bemerkte ich trocken. „Erlauben Sie, daß ich mich vorstelle.“ Ich nannte meinen Namen und sah, wie der junge Mann zusammenfuhr.
„Sie sind der Herr...“ Er warf mir einen reichen Blick zu, fand es dann anscheinend nicht mehr nötig, seine Frage ganz auszusprechen.
„Hier ist meine Karte“, und ich reichte sie ihm.
Er schaute sie an, sagte dann: „Ich werde gern in der Redaktion alles erklären und dafür sorgen, daß die Bekannte Zeitung entsprechend gedruckt wird.“
„Danke. Wo hören Sie zu? Gestern ermittelte mich der Mob vor dem Kino und schlug mich so, daß ich die Bestattung verlor. Dieser Herr fand und heilte mich. Selbstverständlich ist ihm sehr dankbar, und da ich inzwischen erfahren habe, daß er ein Prediger ist, der den Armen hilft und von niemandem Geld annimmt, möchte ich ihm meinen Dank öffentlich abzahlen, ihn bekanntmachen.“
„Natürlich, natürlich!“ rief der Reporter, und abermals kammen vor meinen Augen die Kieselsteine auf:
„Reicher Klubmann durch ein Wunder geheilt.“
„Oder vielleicht wird der Titel anders lauten.“

„Klubmann vom Mob über ausgerichtet — wird durch Propheten geheilt!“
„Der Sohn einer reichen und vornehmen Familie das Opfer eines Anfalls, gerettet durch einen Mann, der eben von Gott kam.“
Ich dachte, nun sei es genug der Sensationen und hoffte, unsere Unterredung würde ein Ende nehmen, aber ach, ich hatte mich getäuscht. Der Bluthund der Presse fragte weiter: „Werden Sie öffentlich helfen, Herr Zimmermann?“
Zimmermann erwiderte: „Die Heilungen interessieren mich nicht.“
„Wie? Deshalb nicht?“
„Weltliche und verderbte Menschen verlangen von mir Wunder, auf daß ich ihnen meine Macht beweise. Doch bringe ich der Welt einen anderen Beweis: eine neue Vision, eine neue Hoffnung.“
Ich verzehle. Eine neue Religion. Darf ich mich danach erkundigen?“
„Sie sind der erste, der danach fragt; die Welt wird Ihrem Beispiel folgen. Sagen Sie den Leuten, ich sei gekommen, um das Reich ihrer Mobs zu studieren und wie diese entstehen.“
„Mobs?“ fragte der verblüffte junge Bluthund.
„Ich möchte ein Wort verstehen lernen, das vom Mob herrührt; ich möchte wissen, wer es ist, der vom Wahnsinn der andern lebt.“
„Haben Sie heute Morgen einen Mob studiert?“ fragte der Reporter.
„Ich frage: weshalb reißt die Polizei des Moblands gegen die Mobs der Armen vor und nicht gegen die der Reichen?“
„Ich frage: wer bezahlt die Polizei und wer bezahlt die Mobs?“
„Aha! Sie sind ein Radikaler.“
Mir wurde ordentlich schlecht, denn es flammte wiederum vor meinen Augen ein neuer Titel auf:
„Reicher Klubmann unterstützt bolschewistische Propheten!“
Hättest du mich nicht, Herr Zimmermann, in der Redaktion, er liebt bloß die Menschheit.“ Dann aber schloß ich selbst dieses kleine irgendwie nicht recht. Wie zum Teufel sollte ich diesen Menschen schämen? Was war der Grund, daß alle Worte der

Diebe und der Brüderlichkeit nach Sozialismus schmecken? Ich versuchte es noch einmal: „Er ist ein Freund des Friedens.“
„Ah, also ein Pazifist!“ bemerkte der Reporter. „Verdammt Hund!“ dachte ich, denn ich wußte, er habe in seinem Kopf das Lösungswort: „Also ein Produktivher!“ Laut aber sagte ich: „Er lehrt die Brüderlichkeit.“
Den Hund jedoch interessiert meine Verallgemeinerungen nicht. „Wo haben Sie die Mobs der Reichen, Herr Zimmermann?“ fragte er.
„Ich sah sie in Automobilen durch die Straßen rasen, die Kinder der Armen töten.“
„Das haben Sie?“
„Ich sah es gestern abend.“
„Nun hatte ich am Morgen unsere „Times“ und auch den „Examiner“ durchgesehen und he merkt, daß im Bericht über den Unfall bloß der Name des Chauffeurs und nicht der des Autobesitzers angegeben war. Ich verstand, unter welchem gesellschaftlichen und finanziellen Druck bias geschoben war, und nun wird Zimmermann alles verderben. Ich legte ihm die Hand auf den Arm, sprach: „Mein Freund, Sie waren in jenem Automobil zu Gast, können nicht darüber reden.“
Ich erwartete Widerspruch, doch schien Zimmermann meine Worte einzulassen und verharrete stumm. Der junge Reporter aber redete: „Sie waren bei einem Automobilunfall zugegen? Wir hatten bloß den Report über einen Tod, verursacht durch Frau Stebbins Automobil. Sahen Sie in diesem?“ Da meinet Zimmermann noch im antworteten, lachte er. „Es ist ja einseitig; ich könnte den Bericht ohnehin nicht vermeiden. Herr Stebbins ist eine unierer „heiligen Kühe“. Guten Tag, Dank.“
Er schloß sich zum Gehen an, und schlängte überdem mich meine alte Anzug vor dem Zeitungsgeläch. Ich konnte nicht in der Öffentlichkeit als Beschützer eines Bolschewik erscheinen. Ich brüllte dem Reporter nach: „Hunger Mann!“ Er wandte sich höflich um. „Ich sage Ihnen, Herr Zimmermann ist kein Radikaler. Werken Sie sich das.“ Und als ich das ungläubige Lächeln auf dem Gesicht des jungen Mannes bemerkte, lachte ich noch lauter: „Er ist ein Christ!“ Der Reporter lachte laut.
(Fortsetzung folgt.)

Nachträgliche Erklärungen des Außenministers von Rosenbergs.

Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. v. Rosenbergs äußerte sich auf die Erklärungen Poincarés vor der Pariser Konferenz über den von der deutschen Regierung vorgeschlagenen Friedenspakt gegenüber dem Berliner Vertreter der französischen Regierung folgendermaßen: Eine Rückfrage der französischen Regierung, weshalb Deutschland die Geltungsdauer des von ihm vorgeschlagenen Rheinpakt auf ein Menschenalter beschränkt, ist uns weder durch eine vermittelnde Macht, noch auf einem anderen Wege zugegangen. Hätte die französische Regierung eine längere Geltungsdauer angeregt, so wäre dieser Anregung selbstverständlich gern entsprochen worden. Der bezeichnende Ausdruck „ein Menschenalter“ war ja gerade in der Absicht gewählt, für eine Aussprache über den gesamten Zeitraum die Wege offen zu halten. Ein Menschenalter ist kein festumrissener Begriff, er hat nur die Bedeutung, daß er mindestens 30 Jahre umfaßt, also eine Beschränkung nach unten, aber keine Beschränkung nach oben. Für die Reichsregierung, die die 15jährige Geltung des Rheinpaktes adäquat wollte, kam es darauf an, Frankreich für ein Mehrfaches der vorzulegenden Geltungsdauer Sicherheit und Beruhigung zu verschaffen. Für eine Revisionspolitik, die Poincaré wiederum als feststehendes Faktum einstellt, fehlen in Deutschland alle materiellen und bei der weit überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes auch die seelischen Voraussetzungen, wenn Frankreich sie nicht selbst schafft. Eine Verfassungsänderung würde bei Annahme jenes Vorschlags nicht nur in Frankreich, sondern auch in Deutschland notwendig geworden sein, aber wenn es sich darum handelt, den Frieden sicherzustellen, halten sich die gegebeneren Faktoren in Deutschland hienüt dem Vorschlag auf solche Verfassungsänderung nicht widersetzt. Deutschland hat nicht das geringste da gegen einzusetzen, daß England oder die Vereinigten Staaten den vorgeschlagenen Pakt durch besondere Zusagen an Frankreich ergänzen oder garantieren. Aus diesem Gedankengang heraus sollte ja England der Ratgeber und Amerita der Treuhänder der Vereinbarung sein. Daß Artikel 10 des Völkerbundes den von Deutschland vorgeschlagenen Pakt nicht überflüssig macht, gibt Poincaré selbst zu, indem er guttunend darauf hinweist, daß Deutschland als Mitglied des Völkerbundes den Verpflichtungen aus Artikel 10 nicht unterworfen ist. So viel steht nach Poincarés Mitteilungen an die Konferenz der Ministerpräsidenten fest, daß die gestrige Saasabrede, der zufolge der deutsche Vorschlag weder an Frankreich weitergegeben, noch von Frankreich abgelehnt worden sei, falsch war, Poincaré selbst gibt jetzt zu, daß er den Vorschlag erhalten, ihn aber abgelehnt hat. Leider steht die formelle Unrichtigkeit dieser Behauptung des Außenministers nach der gleichzeitigen amtlichen amerikanischen Veröffentlichung fest. Die üblichen Verunglimpfungen jeder deutschen Aktion als großes Tümpelungsmanöver, als Falle und gefährliche Deuselei sollen lediglich bemängelt, daß unter Vorbehalt mit sachlichen Argumenten nicht bekämpft wurde und auch nicht bekämpft werden konnte.

Es ist sehr schade, daß der Außenminister den nützlichsten Teil dieser Erklärungen erst jetzt abgibt, nachdem der ganze Friedenspaktgedanke leider erledigt, nutzlos verbraucht ist. Eine öffentliche Erörterung vor der Konferenz nach vorheriger zeitweiliger Sicherung des Sprechrechtes unseres Delegierten wäre erfolgversprechender gewesen. Die Heranziehung des Gedankens einer Verfassungsänderung in Deutschland und Frankreich mußte die Art dieser Verfassungsänderung nicht unbedingt vorschreiben und mußte nicht ausgerechnet die für die Entscheidung über den Kriegsfall schlechterdings lächerliche Volksabstimmung vorschlagen, deren technische Folgen in einem solchen Zeitpunkt den ganzen Plan tatsächlich leicht als Bluff erscheinen lassen können. Gegen Poincaré hat Herr von Rosenbergs es in Deutschland leicht, zu polemisieren. Er wird sich vielleicht innerpolitische Vorbeeren damit holen, aber außenpolitisch ist es Poincarés trotz der sonst günstigen angelsächsischen Stimmung für alle prinzipiellen Friedenspläne bereits gelungen, diesen Vorschlag und seinen guten Kerngedanken tot zu machen, weil er — offenbar aus innerpolitischen Rücksichten — so plump wie nur möglich herausgekommen ist.

Zum Wojwoden von Schlesien

ist Dr. Jozef Teliowski, der bisherige Wojwode von Posen, ernannt worden. (Die Posener Verwaltungsmethoden konnten als die reaktionärsten in ganz Polen gelten. Red.)

Abschluß des polnisch-belgischen Handelsvertrages.

Die belgisch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen in Brüssel haben zum Abschluß eines auf dem Grundsatze der gegenseitigen Meistbegünstigung beruhenden Handelsvertrages geführt. Zugleich ist eine Sonderkonvention über die durch den Weltkrieg verursachten Vermögensschäden der Angehörigen beider Staaten abgeschlossen worden.

Die restlose Unitarisierung Rußlands.

Der konstituierende Bundeskongreß der russischen Sowjetrepubliken hat beschlossen, als „oberste Bundesorgane“ einen Rätekongreß, ein Zentral-Exekutivkomitee und einen Bundesrat der Volkskommissare einzusetzen. Die Bundesorgane haben u. a. den Bundesstaat bei internationalen Angelegenheiten zu vertreten, die Grenzen der Bundesstaaten festzusetzen, die Entscheidungen über Krieg und Frieden und über die Aufnahme neuer Mitglieder zu fällen, das Geld- und

Kreditsystem, das Post-, Telegraphen- und Fernsprechnetz und die Gerichtsordnung zu vereinheitlichen. Zu Vorstehenden des Bundeszentralerekutivkomitees wurden für Sowjetrußland Kallin, für die Ukraine Petrowski, für die Transkaukasische Sowjetrepublik Karimow und für Weißrußland Tscherschkow gewählt.

Zur Einschränkung des wilden Aufbaus von Metallen

aller Art sind die zuständigen Ressorts in Preußen mit den Reichsfinanzbehörden und mit den Spitzenverbänden der Gold- und Silber verarbeitenden Industrien und des Edelmetallhandels in Verbindung getreten. Das Reichswirtschaftsministerium bereitet zwei Gelehtwürfe vor, die sich mit dem Verkauf von Edelmetall und dem von Edelmetallen befaßten. Die Ausarbeitung der beiden Gelehtwürfe steht unmittelbar vor dem Abschluß. Eine baldige Erledigung der Entwürfe ist dringend notwendig, da sich bei dem wilden Aufkauf geradezu grauenvolle Zustände herausgebildet haben. Besonders in Westdeutschland und im besetzten Gebiet häufen sich die Diebstähle von Perlen, Edelsteinen und Edelmetallen durch Augenblicke, sodas rasche gezielte Hilfe am Platze ist.

Das Beschwerverfahren in der Schupo.

Die Angehörigen der Schupo klagen seit längerer Zeit darüber, daß sich das Beschwerverfahren wenig von dem unterscheidet, das in der ehemaligen kaiserlichen Armee üblich war. Jumeist entschieden die direkten Vorgesetzten über die Beschwerden, und nicht selten fällt sie zu Ungunsten des Beschwerdeführers aus. Der preußische Minister des Innern, Genosse Seering, hat jetzt eine Verfügung erlassen, um die bestehenden Mängel zu beseitigen. Es wird den nachgeordneten Dienststellen der Schupo zur Pflicht gemacht, Untersuchungen, bei denen es sich um persönliche Beschwerden gegen Vorgesetzte oder um Aufklärung von Vorkommnissen handelt, in die Vorgesetzte verwickelt sind, grundsätzlich nur durch unbeteiligte Beamte führen zu lassen und alle Maßnahmen zu vermeiden, die den Ansehen unangenehmer oder parteiischer Behandlung erwecken könnten. Vor allem soll bei solchen Untersuchungen die Verehrung nicht von dem unmittelbaren Vorgesetzten geleitet werden. Der Minister erwünscht, daß in wichtigen Fällen von den für die Entscheidung zuständigen Dienststellen besondere Kommissare mit der Vornahme der Ermittlung beauftragt werden. Alle Beschwerdefälle sowie die erforderlichen Ermittlungen und Untersuchungen in Disziplinarangelegenheiten sollen mit größter Beschleunigung erledigt werden.

Gewerkschaftsbewegung.

Gewerkschaftspolitik der italienischen Faschisten.

Die italienischen Faschisten betreiben bekanntlich neuerdings auch „Gewerkschaftspolitik“ nach ihrer Methode. Die Ueberzeugungstakt ihrer Knüppel, Revolver und Maschinengewehre hat ihnen tatsächlich zu einem nicht unerheblichen Anwachsen der Mitgliederzahlen ihrer gewerkschaftlichen Formationen verholfen. Wenn man sich ein Bild von dem tatsächlichen Wirken in gewerkschaftlicher Hinsicht machen will, genügt es, sich als Beispiel den kürzlich abgeschlossenen Tarifvertrag für die bei ihren Arbeitgebern wohnenden festangestellten Landarbeiter verschiedener Gegenden näher anzusehen und ihn mit dem abgelaufenen Vertrag der freigewerkschaftlichen Organisation zu vergleichen. Während der alte Vertrag als Basis den Achtstundentag vorschrieb, ist das in den neuen Abmachungen nur eine platonische Fiktion, die durch allerlei Einhaltungsparagrafen gründlich ausgeglichen wird. Statt der feinerseitig vorgeschriebenen 2719 jährlichen Arbeitsstunden müssen nach dem neuen Vertrag 3017 Stunden geleistet werden, also im Jahre ein Mehr von 298 Stunden. Die neuen Abmachungen bringen dem Arbeiter zwar eine Erhöhung des bar zu leistenden Stützens um 100 Lire jährlich, die aber, an Hand der Arbeitsstunden umgerechnet, tatsächlich ein Minus von 285 Lire gegen früher im Jahre ergeben. Hierzu kommt noch der Ausfall der früher besonders vergüteten Nebenstunden von ungefähr 180 Lire jährlich. Das Wesentliche und Besorgniserregende an dem tatsächlichen Vertrag ist die Rückkehr zum Verbot für den Arbeiter, nach der Arbeitszeit seine Wohnung nach Belieben zu verlassen. Hierzu ist jedesmal die Erlaubnis des Arbeitgebers notwendig.

Erwerbslosenunterstützung für Buchdrucker.

Nach neueren Feststellungen hat in letzter Zeit der Arbeitsmarkt für Buchdrucker und Angehörige verwandter Berufe eine wesentliche Verschlechterung erfahren. Die der Amtliche Preussische Presseanstalt mittel, bestimmt der Minister für Volkswohlfahrt deshalb, daß die Anordnung seines Erlasses vom 16. Juli 1922, wonach die Dauer der Erwerbslosenunterstützung für den genannten Berufsweig auf 13 Wochen beschränkt worden ist, in Bezirken, in denen sich die Notwendigkeit dazu ergibt, vorläufig wieder aufgehoben werden kann.

Lohnvereinbarungen der Schuhindustrie für Januar.

Bei den am 30. Dezember 1922 in Frankfurt a. M. geführten zentralen Lohnverhandlungen wurden folgende Vereinbarungen getroffen: Der tarifliche Mindestlohn für einen männlichen Arbeiter beträgt pro Stunde

	im Zeitlohn	im Akkord
vom 1. bis 15. Januar	432 M	474 M
16. bis 31. Januar	480 M	520 M
für eine Arbeiterin über 21 Jahre		
vom 1. bis 15. Januar	324 M	355 M
16. bis 31. Januar	360 M	394 M

Das Ergebnis der mit der Schuhmacher-Zwangsgewerkschaft und der Lohnkommission geführten Verhandlungen ist, daß ab 4. Januar der Stundenlohn sich um 20 Prozent erhöht.

Parteigenossen und -Genossinnen werbt ständig für die Volkswacht!

Aus Sibirien.

Eine Einbrecherbande gefaßt.

Im Laufe der letzten Monate wurden in der Waldenburger Carlshütte fortgesetzt größere Eisen- und Metalldiebstähle ausgeführt, wodurch dem Werke ganz erhebliche Werte verloren gingen. Trotzdem eine größere Anzahl zum Teil in der Hütte beschäftigte Personen abgefaßt und ermittelt wurden, erfolgten weitere Diebstähle und Einbrüche.

So wurden in den Nächten zum 17. und 20. Dezember 1922 wiederum zwei Einbrüche verübt, wo den Dieben über 6 Zentner Weißmetall und Rotguth im Werte von 1 1/2 Millionen Mark in die Hände fielen. Der Waldenburger Kriminalpolizei gelang es, der Einbrecherbande auf die Spur zu kommen und sie am 20. Dezember festzunehmen. Insgesamt wurden von Waldenburg und Sandberg fünf Personen festgenommen und in das Gerichtsgefängnis eingeliefert. Zwei weitere Täter sind anscheinend nach Pommern-Derschleben geflüchtet.

Der größte Teil des entwendeten Metalls, welches zum Teil an einen Kaufmann in Sandberg verkauft worden war, konnte durch die Polizei wieder erfaßt werden. Die letzten Einbrüche sind in ganz raffiniertester Weise ausgeführt worden. So sind die Diebe durch ein auf dem Dach befindliches Fenster, das sie zuvor entriegelt, eingebrungen und haben sich an einem Stride in den Raum hinuntergelassen. Auf demselben Wege haben sie den Raum wieder verlassen. Das Fenster haben sie mit eigens hierzu mitgebrachtem Kitt wieder verklebt, so daß keinerlei Spuren vom Einbruch hinterlassen wurden. Weitere Täter ist man auf der Spur.

Reichberg a. Su. Aus Liebe in den Tod. Der auf dem Dominium Harta in Stellung befindliche 24jährige Inspektor Harry Kiesel heiratete bei der Gutsderrin um die Hand ihrer Nichte, Mariann Schade an, welche ebenfalls dort in Stellung war. Kiesel erhielt achtstellige Lohn und am 1. Januar die Kündigung. Als nach 12 Uhr dem ausgegangenen Dienstpersonal nicht gewöhnlichemäßig von Fräulein Schade geöffnet wurde, wurde deren Zimmer aufgesucht und leer, das Bett auch unberührt gefunden. Eine Untersuchung des Zimmers des Inspektors ergab auch dessen Abwesenheit. Gestohlen wurde ein Zettel gefunden mit der Aufschrift: „Ich findet uns an der Ecke mit dem Kreuz, Harry und Mariann.“ Dort wurden auch die beiden Unglücklichen gefunden, das Mädchen tot, der Mann noch schwach rüchelnd. Auch er starb bald darauf. Beide hatten Schüsse in der Schläfe.

Sonnerswerda. Nächstlicher Raubüberfall. Zwei beim Esterbau beschäftigte gewesene auswärtige Monteur begabten nachts 2 Uhr in der Garküche der Witwe Kaar in Neuwele Einbruch. Als die Witwe die Tür öffnete, wurde sie von dem einen Unhold am Halse gepackt und zu Boden gerissen, während der andere das Licht ausschaltete und sich an der Kasse zu schaffen machte. Auf die Hilferufe kam ein Mann aus der Nachbarschaft hinzu, worauf die Räuber das Weite suchten, ohne daß ihnen ein nennenswerter Beitrag in die Hände gefallen ist.

Lobtheater.

Drei Einakter.

Zum Jahresabschluss beherrschte das Lobtheater seinen schon neujaehrlich getrimmten Gärten drei Einakter. Der erste, „Die Weisheit und . . .“ der wie aus einer holländischen Nachtpol her auszuschreiben schien, war quälende Genstion. Auch das famose Spiel Jutta Persens und Ludw. Bara tauchte darüber nicht hinweg. Nicht wenig, aber peinlich für frühe Seelen war der zweite Streich: „Bubi will nicht“. Einem Fabrikanten ist die Herstellung unzweckmäßiger Nachtpol gelungen. Zum Abschluß eines größeren Geschäftes in diesen Kreisen läßt er jemand den Einflußreichen ein. Aber sein verstopfter Sohn Bubi und seine besorgte Frau, die dem Jungen vergeblich zum Erlinden Bitterwasser zurecht, bringen das Geschäft zum Wackeln. Das Stückchen humor war von Ludwig Bara flott in Szene gesetzt. Er selbst, Friedel Knaack und Walter Leopold gaben berechtigten Grund zu harmonischen Lachen. Zum Schluß nicht die moralischen Verstopften. Aber die Posse: „Gustav, es blüht“ ließen sie sich widerspruchslos gefallen, weil sich da nur zwei und zu weilen drei Menschen in einem Bett herumwühlten. Wirklich lustig war das letzte Stückchen trotzdem. Ein Gemitter, eine Reklame zwischen zwei furchtbar mackernden, heidenden Weibern. . . . Wieder von Bara in Szene gesetzt. Eilli Baderle, Elisabeth Lennartz und Ludwig Bara im lustigen Zusammenwirken glänzend.

Unsere Valuta.

Es wurden an der Berliner Börse gezahlt:

	3. 1.	2. 1.
für 1 amerikanischen Dollar	7506,18 M	7241,85 M
1 englisches Pfund	34863,12	33416,28
1 französisches Franc	551,11	538,66
1 holländisches Gulden	2922,50	2855,34
1 Schweizer Franken	1423,91	1371,56
100 österreichische Kronen	10,62	10,30
100 ungarische Krone	224,98	225,43
1 holländische Krone	1531,16	1476,10
100 polnische Mark	41,75	—

Bereinstander.

Deutscher Bauarbeiter-Verband, Zweigverein Sachw. Sonntag, den 7. Januar, nachmittags 2 Uhr findet in Cañth im Rautenfranz die Quartalsversammlung statt. Kollegen aus allen Zahlstellen haben zur Wahl des Gesamtvorstandes bestimmt zu erscheinen. Mitgliedsbuch mitbringen.

Geschäftliches.

Ein hervorragendes Schönheitsmittel, das auf seinem Inhaltlich fehlen sollte, und das Damen und Herren gleichermaßen empfohlen werden kann, ist die nach wissenschaftlichen Grundrissen hergestellte Marplan-Creme. Schreiben Sie an den Hersteller des köstlichen Mittels, man sendet Ihnen gern unberechnet und portofrei eine Probe davon und ein sehr reiches Büchlein über Schönheitspflege. Die Adresse ist Marplan-Vertrieb, Berlin 30, Friedrichstraße 18.

CREME MOUSON

Creme Mouson ist das begehrteste und wirksamste aller Hautpflegemittel. Bei regelmäßiger Anwendung macht Creme Mouson die Haut gesund, elastisch, jugendfrisch, und verhindert die Bildung von roten Flecken,



Unebenheiten, Hautglanz etc. Die feine, diskrete Parfümierung überdeckt jeden Geruch der Transpiration. / Weitere Creme Mouson Erzeugnisse: Creme Mouson Seife / Creme Mouson Rasierseife / Creme Mouson Puder.

FABRIKANTEN J.C. MOUSON & CO. GEGRÜNDET 1798 IN FRANKFURT AM MAIN

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 4. Januar.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei.

Metallarbeiter USPD.

Vertrauensleute und Betriebsräte! Freitag, den 5. Januar, pünktlich um 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, 1. Etage, Zimmer 8.

Versammlung.

Jeder Betrieb, jede Abteilung, muß vertreten sein. Ohne Verbands- und Parteimitgliedsbuch kein Zutritt.

Achtung, Distrikt 27! Freitag, den 5. Januar, abends pünktlich 7 Uhr, erweiterte Funktionärsitzung bei Zeule, Ofener Straße 2. Sämtliche Kassierer müssen erscheinen. Vollständiges Erscheinen aller daran interessierten Genossen ebenfalls erwünscht.

Distrikt 35 (Gräbchen). Freitag, den 5. d. Mts., abends 7 Uhr, Funktionärsitzung in der Wohnung des Distriktsführers. Auch das Sekretariat muß erscheinen. Die Distriktsleitung.

Achtung, Arbeiterjugendliche! Es sei auf den Vortrag des Genossen Goeke hingewiesen, der heute Abend im Schiedsmaneriaal, Karlsruher Straße, stattfinden wird. Näheres siehe Inserat. Wir haben ermäßigte Eintrittspreise und zahlen für gute nummerierte Plätze 20 Mark. Einige Freitaxen werden auch ausgeben.

Sozialistische Arbeiterjugend! Die Bibliothek unseres Vereins im Gewerkschaftshaus, Zimmer 111, ist von heute an wieder alle Donnerstage von 7-8 Uhr abends geöffnet. Das Eintrittsgeld beträgt 5 Mark. Da unsere Bibliothek eine ziemlich reichhaltige Jugendliteratur enthält, können wir sie unseren Mitgliedern nur empfehlen.

Sozialdemokratische Stadtverordnete!

Wegen der veränderten politischen Situation findet heute Nachmittag 4 Uhr vor der Vollversammlung noch eine Fraktions-sitzung im Sitzungszimmer 2 der Stadtverordneten statt. Da wichtige Entscheidungen zu treffen sind, müssen alle sozialdemokratischen Stadtverordneten pünktlich zur Stelle sein.

Straßenbahn und Wasserwerk.

Aus der Rede des Genossen Datz in der Versammlung der Parteifunktionäre geben wir nachstehend die Stellen wieder, wo er sich mit der Lage der städtischen Straßenbahn befaßte.

Genau so wie mit dem Gaspreis steht es auch mit der Straßenbahn. Die frühere bürgerliche Mehrheit hatte alle Vorteile des Betriebes den begüterten Kreisen zugeführt. Auf Nach- und Streckenfahrten stellte sich der Fahrpreis fast nur halb so hoch, als auf eine Arbeiterfahrkarte. Das Defizit, das der Stadt aus dem Nach- und Streckenfahrten erwuchs, wurde aus den Mehrerträgen für Arbeiterfahrten und aus den Gewinnen der Einzelkassierer gedeckt, und darüber hinaus wurden von den kleinen Leuten noch die Meberhörschele erzielt, die die Straßenbahn vor dem Ruin bewahrt. Wir schafften alle Sonderprivilegien ab, bei denen die Arbeiter gegenüber den Besitzenden immer schlechter wegkamen, und führten den Einheitspreis ein. Um aber den regelmäßigen einheimischen Fahrer gegenüber dem Fremden etwas zu bevorzugen, führten wir die Arbeiterkarten ein. Daneben wurde der Straßenbahn eine soziale Leistung aufgelegt, indem wir den Arbeitsbeschäftigten und neuerdings auch den Studenten einen ermäßigten Fahrpreis zugestanden haben.

Heute wird mit der Straßenbahn und den Fahrpreisen reichlich experimentiert. Der Not der Zeit sind viele private Straßenbahnen bereits ergeben. Auch die Gräbchener elektrische Straßenbahn ihren Lebenskampf. Sie steht tief im Defizit, trotzdem sie ihre Arbeiter und Angestellten viel schlechter bezahlt, als wir bei der Stadt, trotzdem sie ihr Material nicht mehr erneuert, und außerdem noch über große landwirtschaftliche Ländereien verfügt, die ihr bei den heutigen Lebensmittelpreisen erhebliche Mehrerträge bringen.

Die Lage aller Straßenbahnen ist hoffnungslos, wenn nicht eine Stabilisierung unserer Valuta gelingt, unter der sich dann das Kapitalum an einen Fahrpreis gewöhnen würde, der die Betriebskosten deckt. Der 50-Mark-Fahrpreis, den wir in Breslau beschließen haben, deckt die Betriebskosten noch lange nicht. Der Zehnmarkfahrpreis ist eben auch im Inlandsverkehr nicht mehr einen ganzen Pfennig wert. 50 Mark sind weniger als damals 5 Pfennige, und davon kann keine Straßenbahn leben. Wir können aber auch keinen höheren Preis verlangen, weil ihn die verarmte Bevölkerung nicht bezahlen kann. Schon heute fährt die elektrische halb leer. Es gibt jetzt also gar kein Mittel, um aus dem Defizit herauszukommen. Trägheim streden kapitalistische Kreise ihre Hände nach unserer Straßenbahn aus. Sie rechnen, in späteren Jahren einmal doppelt zu verdienen, was sie jetzt zusehen müßten. Es besteht die dringende Gefahr, daß eine bürgerliche Mehrheit, zu der man bei den nächsten Wahlen zu kommen hofft, die städtische Straßenbahn an Stinnes, oder an ein anderes Konzernum veräußert. Ein Grund mehr, aus ihnen jetzt mit allem Eifer zu rühren. Die Straßenbahn muß der Stadt erhalten bleiben. Die privatkapitalistischen Kreise beweisen nur, daß die Straßenbahn der Großstadt Breslau doch wieder ihre Zukunft haben wird.

An anderer Stelle kam der Redner auf das im Bau befindliche Wasserkraftwerk an der Oder zu sprechen. Wenn es einmal fertig ist, dann werden keine gesamten Kaufkraft innerhalb drei Jahren durch Kohlenenergieparnis gedeckt. Für alle fernere Zeit liefert das Werk der Stadt fast unentgeltlich die gewonnene Kraft. Und es ist nicht wenig, was es liefern wird. Das Wasserkraftwerk wird der Stadt etwa halb soviel Strom gratis liefern, als sie zum Betriebe ihrer Straßenbahn braucht. Eine sozialistische Mehrheit wird diesen billigen Strom natürlich nicht privatkapitalistischen Kreisen zuführen, sondern ihn vor allem im eigenen Betriebe der Stadt verwenden. Die Straßenbahn läßt sich damit ohne weiteres gesund und leistungsfähig machen. Ein Grund mehr, warum wir uns mit allen Kräften gegen eine Stinnesierung wehren, und bei den nächsten Wahlen bis auf den letzten Mann zur Verteidigung unseres städtischen Eigentums antreten müssen.

Als in der Aussprache von den Parteifunktionären, die Straßenbahner sind, nach allerhand technische Mängel im Betriebe besprochen waren, erklärte hierzu Genosse Datz im Schlußwort: Wir haben schon seit mehr als einem Jahr die Anstellung eines zweiten Direktors gefordert, dem die technische Organisation des Straßenbahnbetriebes obliegen soll. Wir glauben auch, daß hierzu der geeignete Mann zu finden wäre, aber es scheint, als wolle man ihn zurzeit nicht finden. Man spekuliert auf den Zusammenbruch der sozialdemokratischen Mehrheit und will dann nach kapitalistischen Methoden freie Hand haben. Das ist die kapitalistische Reaktion zu verurteilen, ist Aufgabe der Breslauer Arbeiterklasse, wenn wir in einem Vierteljahr zur Neuwahl antreten.

Wie verhält sich das zur weltlichen Schule?

Diese Frage richtet ein alter Parteigenosse an uns, angefaßt von der gestrigen Beilage der „Ersten Beilage“. Dazu haben wir zu sagen, daß es sich sehr wohl mit unserem Standpunkt zur weltlichen Schule verträglich. Religion ist für uns Primat, und wenn eine fromme Gesellschaft durch die „Volkswacht“ einen Prospekt verbreitet haben will, dann legen wir ihn ebenso bei, wie den Prospekt einer Lotterie, oder den einer Seifenfabrik. Wenn es übrigens in Breslau Anhänger dieser Seite geben sollte, dann müssen sie ihre Kinder in die weltliche Schule schicken, ebenso, wie die christlichen Sozialisten, da es für sie keine Konfessionsschulen gibt. In Glaubenssachen sind wir neutral, trotzdem in unserer Redaktion kein Bibelgläubiger lebt.

Lehrgänge für Frauenberufe.

In den letzten Tagen des alten Jahres schloß an der Städtischen Frauenberufsschule ein Lehrgang zur Ausbildung von Turnlehrerinnen mit der staatlichen Prüfung ab. Sämtliche Teilnehmerinnen haben die Prüfung bestanden. Falls sich genügend Teilnehmerinnen melden, soll Ostern 1923 ein neuer Lehrgang eingerichtet werden. Da die Eröffnung von der Zahl der Meldungen abhängig ist, liegt es im Interesse aller derjenigen, welche sich zur weiblichen Lehrerin ausbilden lassen wollen, bis zum 15. Januar d. J. ihre Meldescheine (Lebenslauf, Geburtsurkunde, Schulzeugnis, evtl. vorhandene Prüfungsergebnisse, amtliches Gesundheitszeugnis für Turn- und Schwimmlehrerinnen) im Schulbüro Ackerstraße 5, einzureichen.

Zu Ostern 1923 werden ebenfalls eröffnet Ausbildungslehrgänge für Gewerbelehrerinnen an Fachschulen (Kochen und Hauswirtschaft und Nadelarbeiten), Lehrerinnen der weiblichen Handarbeiten, Lehrerinnen der Hauswirtschaftskunde, Hausbeamtinnen, Jugendpflegerinnen, Hortnerinnen, Kindergärtnerinnen und an der im gleichen Gebäude befindlichen Sozialen Frauenberufsschule Lehrgänge für Wohlfahrtsleiterinnen für die drei Gebiete: Gesundheitsfürsorge, Jugendwohlfahrtsfürsorge und allgemeine und wirtschaftliche Wohlfahrtsfürsorge. Nähere Auskunft im Schulbüro wochentags von 9 bis 1 Uhr oder nach Schulanfang in den Sprechstunden der Direktorin und der Lehrerinnen.

„Paris und Berlin“

ist das Thema, über das Reichstagsabgeordneter

Dr. Breitscheid

am Montag, den 8. Januar, abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, großer Saal, in einer

Partei-Mitglieder-Versammlung

spricht.

Ohne Parteimitgliedsbuch oder Karte keinen Zutritt.

Neufestsetzung des Wertes der Sachbezüge.

Der Wert des freien Unterhalts einschließlich freier Wohnung ist mit Wirkung vom 1. Januar ab wie folgt festgesetzt worden: Für weibliche Hausangestellte in nicht gehobener Stellung, Lehrmädchen, Lehrlinge, auf täglich 300 Mark, monatlich 9000 Mark, jährlich 108 000 Mark, für weibliche Hausangestellte in gehobener Stellung, männliche Hausangestellte, männliche und weibliche Gewerbegehilfen, Handwerksgehilfen, Landwirtschaftsgehilfen und alle sonstigen männlichen und weiblichen Angestellten und Gehilfen, soweit sie der Angestellten-Versicherungspflicht unterliegen und nicht in leitenden Stellungen sind, auf täglich 400 Mark, monatlich 12 000 Mark, jährlich 144 000 Mark, Angestellte in leitender Stellung (Inspektoren, Geschäftsführer, Lehrer, Werkmeister, Privatsekretäre, Hausdamen, Gesellschaftlerinnen), Repräsentantinnen) auf täglich 500 Mark, monatlich 15 000 Mark, jährlich 180 000 Mark. Der Wert der freien Wohnung ist in den festgesetzten Beträgen mit ein Zwanzigstel der Höhe enthalten.

Sind zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer oder deren Verbänden Tarif- oder Privatverträge abgeschlossen, nach denen höhere bewertete Natural- und Sachbezüge zu leisten sind, so sind die Sätze der Verträge maßgebend. Sätze Natural- und Sachbezüge, die tarifvertraglich nicht geregelt sind und in der vorstehenden Zusammenstellung nicht aufgeführt sind (zum Beispiel Weib, Bierbeputat, teilweise Verpflegung von Aufwartefrauen, Wäscherinnen usw.) sind nach den ortsüblichen Mittelpreisen anzulegen.

Amerikanische Weihnachtspende.

Das Central Relief Comité hat auch für diese Weihnacht wieder durch Vermittlung des Roten Kreuzes 900 000 Mark zu einer Einbeziehung für bedürftige Kinder dem Magistrat zur Verfügung gestellt. In der Woche vor dem fest veranlasseten sich 300 Kinder in der Heymann-Willa, Fürstenstraße 51/53, zu einer Feier, bei der auch Vertreter der Regierung und der Schulverwaltung anwesend waren. Die Einbeziehung mußte in zwei Abteilungen stattfinden, da der kleine Raum die große Kinderzahl nicht auf einmal zu fassen vermochte. In einer kurzen Ansprache wurde den Kindern von dem bescheidenden Nikolaus, der seine Gaben in Säcken verpackt auf einem Schlitten hereinfuhr, mitgeteilt, daß die Amerikaner der noelenden Kinder gedacht und ihnen die Gaben geschickt hätten. Nach Abhängen eines Liedes wurden die Geschenke, die den verschiedenen Sorten zugewiesen waren, verteilt. Ein Krippenspiel, von Damen der Schulkinderpflege aufgeführt, beendete die Feier. Hemden, Hülsen, Sweater und warme Unterwäsche wurden unter die Kinder verteilt. Auch Badewerk, Süßigkeiten und Äpfel waren jedem Paßte beigegeben.

Braucht der Staat kein Geld?

Von der Brauerei Haase wird uns geschrieben: „In Ihrer geschätzten Zeitung brachten Sie die bekannte Notiz, nach der die Einlagebogen der Steuermarken für das Kalenderjahr 1922 mit den eingeklebten Steuermarken im Laufe des Monats Januar an das ausländische Finanzamt abzugeben seien. Wir erlauben uns, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß, obgleich wir seit dem 1. November v. J. täglich Bate an alle hiesigen Postanstalten, ja sogar an diejenige in Kleinburg, nach Steuermarken schicken, wegen Mangel an solchen unseren Baten keine verabsolgt werden konnten. Wir haben für das vergangene Jahr für unsere Arbeitnehmer noch für ca. 2 1/2 Millionen Steuermarken zu verwenden.“ Das ist wirklich stark. Wenn in allen Breslauer Großbetrieben die Steuerablieferung so im Rückstand ist, nur weil keine Steuermarken zu haben sind, erwachen für Reich, Staat und Gemeinde riesige Verluste. Schlägt denn St. Bureaucratius, das er nicht besser auf Ordnung steht?

Die Gebühren der gewerbsmäßigen Stellenvermittler.

Der Polizeipräsident hat unterm 30. Dezember 1922 eine Taxe aufgestellt, nach der vom 1. Januar 1923 ab die Gebühren für die gewerbsmäßigen Stellenvermittler in Breslau zu erheben sind. Die betreffende Bekanntmachung ist im Polizei-Amtsblatt abgedruckt und enthält 1. die Taxe für gewerbsmäßige Stellenvermittler (A betr. Personen mit festem Jahreslohn, B betr. Angestellte ohne festen oder geringen Lohn, C betr. land- forst- und gartenwirtschaftliche Beamte, D betr. landwirtschaftliche Arbeiter usw.), 2. die Taxe bei nicht gewerbsmäßiger Stellenvermittlung für Gehilfen, landwirtschaftliche, Gast- und Schankwirtschaftspersonal und schließlich einen kurzen Auszug aus dem Stellenvermittlergesetz.

Die Sammlung und Abfuhr des Hausmülls.

Unterm 2. Januar 1923 hat der Polizeipräsident diese mit ihrer Verkündung in Kraft tretende Verordnung erlassen. Danach ist unter Hausmüll im Sinne dieser Verordnung der sich in den bewohnten Grundstücken und öffentlichen Gebäuden anfallende, nicht flüssige Unrat zu verstehen, wie Urin, Haus- und Hofschutt, Haus- und Küchenabfälle und dergleichen. Rest- und Gewerbeabfälle und aus gewerblichen, nicht in Wohnhäusern ausgeübten Betrieben stammende Schlacke und Asche, Erde und Gartenabfälle, Gerüstschutt mit hohem Säuregehalt, Tier- und Viehdünger gehören nicht zum Hausmüll. Hausmüll darf nicht auf die Straße geschüttet werden, sondern ist in besonderen Gefäßen zu sammeln. Wäschungs-, Flur- und anderer Hausabfälle, Tapetenreste, Urin, Kaff-, Scherben- und sonstiges Hausmüll sind in Metallkannern zu sammeln, die den in dieser Verordnung gegebenen Anforderungen entsprechen müssen. Abfälle von größerem Umfang wie Schlacken von Maschinen oder Strömchen, Tapetenreste und dergleichen dürfen neben den Gefäßen gelagert werden, wenn sie dort nicht untergebracht werden können. — Zur Ausnahme von Strafen und Abfällen von zubereiteten und unzubereiteten Nahrungsmitteln (Kartoffeln, Kartoffelschalen, Krüden, Gemüse, Fleisch, Fisch, Brot, Kuchen und anderen Abfällen) sind ministerieller Anordnung vom 19. Juni 1917 gemäß leicht tragbare, dicke und haltbare Gefäße aufzustellen und in ordnungsmäßigem und sauberem Zustand zu erhalten. Die Zahl der in jedem Grundstück aufzustellenden Gefäße muß der Menge des sich anfallenden Hausmülls entsprechen.

* Kammermusikabend. Am Sonntag, den 7. Januar, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet der Zweigausschuß Schloßen für deutsche Jugendherbergen im großen Saale des königlichen Augenbhelms, An der Mathiasstraße 2, einen Kammermusikabend. Der Gitarre-Virtuose Walter Schütz-Dresden wird Sätze von Antonio Vivaldi, Mauro Giuliani, Carulli u. a. zu Gehör bringen. Der Reinertrag des Abends ist für die zu errichtende Jugendherberge in Breslau bestimmt.

* Achtung, Gewerbebetriebsbesitzer! Die Monatsversammlung am 5. Januar fällt aus. Nächste Sitzung findet wie üblich den 2. Februar statt.

* Vortrag. Ferdinand Goeke hält heute Abend im Schiedsmaneriaal einen Vortrag über „Natürliche Menschentum“. (Siehe Inserat).

* Die eigenen Eltern um eine Million bestohlen! Am vorletzten Tage des alten Jahres hat ein Schloßer die Wohnung seiner Eltern am Brigittenal erbrochen und daraus Kleider, Wäsche, Schmuckstücke für etwa eine Million geraubt. Die Spur des Diebes wurde jedoch bald entdeckt und es gelang, ihm einen Teil des Raubes abzunehmen und den Bestohlenen zurückzugeben. Für 15 000 Mark hatte aber der diebische Sohn bereits auf dem Hauptbahnhof verkauft und das Geld verjubelt. Am 2. d. M. erfolgte seine Festnahme.

* Als Friedhofsräuber wurden zwei Arbeiter festgenommen, die auf dem Corpus-Christi-Friedhof wiederholt von Grabstätten eiserne Säulen und Grabgitter gestohlen haben.

* Sand kauft Jüder. Einen bösen Reinfall erlitt der Wädereimstersohn Wirz aus Trachenberg, als er im Jahre 1921 nach Breslau kam, um hunderttausend Jüder zu kaufen. Er vertraute sich dem Handelsmann Gustav Schönfeld und dem Arbeiter Alfred Hadamczyk an, die ihm versprochen, den gewünschten Jüder zu verschaffen. In der Nacht zum 26. Mai bestellten sie ihn mit seinem Fahrwerk nach dem Gelehrer Walde, wo bereits 15 Säcke Jüder bereitstanden. Die Säcke waren mit Sand und Sägespänen gefüllt und oben auf war eine Schicht Jüder gestrichelt. Für diese 15 Säcke Jüder mußte Wirz 18 000 Mark bezahlen. Da zerriß aber einer der Jüdersäcke und W. sah nun, daß er betrogen worden war. Schönfeld und Hadamczyk gaben ihm nun das Geld zurück und ersetzten ihm auch noch die Ausgaben, doch die Angelegenheit kam doch zur Kenntnis der Staatsanwaltschaft. Das Schöffengericht verurteilte Schönfeld und Hadamczyk wegen Betruges zu je 10 000 Mark Geldstrafe, oder je 100 Tage Gefängnis.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Stadtheater. Heute Anfang 7 1/2 Uhr „Hänsel und Gretel“. Ein Teil der Plätze ist für die Volksschule, zweite Theatergemeinde, Abteilung III, reserviert. Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, wird das Weihnachtsmärchen „Schneewittchen bei den sieben Zwergen“ nochmals wiederholt, abends 7 1/2 Uhr „Oxeton“. Sonntag, nachmittags 3 Uhr Fremdenvorstellung „Lohengrin“, Morgen, Freitag, und Montag, den 8. Januar, veranstaltet die Konzertdirektion Hoppe nochmals zwei Gastspiele des Hof-Kammer-Balletts, das bei seinem ersten Auftreten Anfang November einen außerordentlichen Erfolg hatte. Das abendfüllende Programm umfaßt Einzel- und Gruppenstücke.

Vereinigte Theater. Im Lobetheater heute zweites Gastspiel Hans Marr vom Leijungtheater Berlin in der Titelrolle des „Michael Kramer“, Drama von Gerhart Hauptmann. Thalia-Theater. Heute und täglich der neue große Heiterkeitserfolg „Mein Baby“.

Schauspielhaus. (Operettenbühne). Heute, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag Auftreten Wilhelmine Holtzer: „Der Zigeunerbaron“, Freitag „Die Königin von Montmartr“, Sonntag nachmittags „Ein Walzertraum“. Montag und Mittwoch findet ein Gastspiel von Elise von Catanol und Hans Kattner von der Staatsoper zu Berlin in der Operette „Die Fledermaus“ statt. Dienstag Gastspiel Hans Kattner von der Staatsoper in Berlin in der Operette „Das Holländerweibchen“. Der Vorverkauf beginnt heute.

Bühnenvolksbund. Breslauer Volksschule, Humboldt-Verein. Um den Besuchern-Organisationen Gelegenheit zu geben, das Gastspiel Hans Marr als Michael Kramer im Lobetheater zu ermöglichen, werden besuchten zu können, hat die Direktion sich entschlossen, den obengenannten Vereinstgruppen für die Gastspielabende am Freitag, den 5., Sonnabend, den 6., Montag, den 8., Dienstag, den 9., Mittwoch, den 10. eine bedeutende Preisermäßigung zu gewähren. Die Ausgabe der Billetts für sämtliche Vorstellungen findet nur am Freitag, den 5. Januar, vormittags von 9-1 Uhr, nachmittags von 3-5 Uhr, gegen Vorzeigung der Mitgliederkarte statt.

Wasserstand

vom 4. Januar 1923.

Table with 2 columns: Location and Water Level. Locations include Ratibor, Krappitz, Kofel, Wisig (Mastentkan), Neffemündung (Ober-Regel), Neffemündung (Unter-Regel), Breslau (Ober-Regel). Water levels range from -0.28 to +3.0.

Herrenst. 7
Taschenst. 2

Tuch- Lager CARL Korte

Herrenst. 7
Taschenst. 2

Herrenstoffe! Damen-Kostüm- u. Mantelstoffe, feinste blaue u. schwarze Tuche, Kammgarn und Cheviots, Homespunne, Covercoat, Marengo, Wetterjoden, Manchester

Cafés :: Restaurants

Besuchen Sie
Stromenger's Diele
Einzig in ihrer Art
Kaiser-Wilhelm-Straße, Ecke Sadowastraße

Wein- u. Likörstube „Zur Klaus“
Täglich von 7 Uhr abends Künstler-Konzert

Brauerei Grenzhaus
Nikolaistraße 53
Gute bürgerliche Küche — Gepflegte Biere

Lebensmittel

Heptner & Urner vorm. Gebr. Heckner
Delikatessen, Kolonialwaren
Ohlauer Straße 34

Carl Jos. Kessler
Ohlauer Straße 59
Käse, Butter, Eier (en gros — en detail)
Telefon: Ring 1000

Gebr. Scholz
Delikatessen — Kolonialwaren — Spirituosen
Klosterstraße 53, am Mauritiusplatz

Schneider's
Delikatess-
Wurstchen
Schinken
Wurstfabrik
August Schneider, Breslau
Westendstraße 68
Telefon: Ring 2315

Paul Köhler, Lehndamm 33/35
Kolonialwaren Delikatessen Weine Tabako

Ernst Sowa
Neue Schweidnitzer Straße 4
Schokoladen · Konfitüren · Kekse

Bau : Möbel : Hausbedarf

Michael Kaliski
Baugeschäft und Holzbearbeitungsfabrik
Viktoriastraße 104b · Telephon Ring 2505 u. 2123

Schultz & Strehl
Möbel und Raumkunst Neue Graupenstraße 2

J. Glier, Möbelfabrik
Breslau 8, Klosterstraße 95/100
Bautischlerei — Innenarchitektur

Gediegene Möbel
S. Brandt & Co.
Gartenstraße 65

Schreibmaschinen, Typen-Flachdrucker, Rechen-
maschinen Büromaschinen erstklassigster Systeme
Ostdeutscher Büromaschinen-Vertrieb
Breslau 8, Vorwerkstraße 24

Friedrich Geßner Weiden-
straße 20
Musikinstrumente-Fabrikation

Drucksachen aller Art
für Geschäfts-
und Privatbedarf

Volkswacht-Buchdruckerei
Breslau 2, Fierzstraße 4/6

Geschäftliche Rundschau mit Gauerfahrplan
Musterschutz E Ohne Gewähr

Trikotagen, Wäsche, Strumpfwaren, Kinderkleider
Röcke, Blusen

Kaufhaus Nothenberg
Augustastraße 132 — Gräbschener Straße 86 — Scheitniger Straße 19
Überbringer dieser Anzeige erhält 2% Rabatt

Albert Wagner Damen- und Mädchenbekleidung
Friedrich-Wilhelm-Straße 26/28 Blusen- und Kleiderstoffe
Bett-, Tisch- und Leibwäsche

Automobile Willy Klette Matthiasstraße 42/44
Ständiges Lager fahrfertiger Personen- und Lastkraftwagen
Telephon Ring 7986

Wilhelm Nitschke Möbel-Fabrik
BRESLAU IX · Telephon Ring 910 · Adalbertstraße 4/6
Große Auswahl moderner Wohnungseinrichtungen
Gediegene Arbeit · Eigene Fabrik · Solide Preise

Ankunft der Züge Breslau-Mbf.

W = Werktags. S = Sonntags.

Richtung Glogau	Bahnsteig 4	Richtung Oels	Bahnsteig 1
Glogau 7 ²⁶		Oels 5 ⁴⁰ W 7 ¹⁷	
Ciestrin 1 ²³		Freyhan 9 ⁴⁷ 12 ⁰⁷ 11 ⁵⁰	
Stettin 5 ²¹ 8 ²⁰ 12 ⁰² *		Cziasnau 10 ¹⁰ 2 ²⁴ 6 ⁰² 12 ⁰²	
		Rosenberg 8 ¹⁰ * 8 ²⁸	
		Hundsfeld 6 ²⁹ W 5 ⁰⁹ W	
Richtung Oberrnigk	Bahnsteig 1.		
Oberrnigk 5 ⁴⁵ 9 ¹⁰ S			
Trachenberg 5 ⁵⁵ W 7 ²⁷ 1 ⁴⁸			
Korsenz 7 ²⁷ W 10 ²¹ 7 ⁵⁰ 10 ²²			

* Beschleunigter Personenzug 2.—4. Klasse.

Kurz-, Weiß- u. Wollwaren **C. A. Reinelt** Schürzen, Strümpfe
Klosterstraße 9 Herrenartikel

Christ's Nudeln, Makkaroni, Eiernudeln
nahrhaft, schmackhaft und bekömmlich. Keine Abfälle, deshalb billig.
Rasche Zubereitung, deshalb große Gasersparnis beim Kochen.
Christ-Werke G. m. b. H. Breslau 23

Schlesische Tuch- u. Webwaren-Manufaktur
Gebr. Bergmann Am Hauptbahnhof 2

Fram Schmelz-Schokolade
Erhältlich in allen besseren Geschäften der Lebensmittelbranche

Das Lebensmittelhaus
Otto Stebler, Breslau, Zwingerplatz 5 und Filialen
ist wegen seiner mäßigen Preise und guten Qualitäten seiner Lebensmittel in Breslau und ganz Schlesien bekannt. Über Auswahl der Waren unterrichtet Sie unsere Preisliste, die Jedermann kostenlos auf Wunsch erhält. Versand nach außerhalb wird schnellstens vom Hauptgeschäft, Zwingerplatz 5, erledigt.

Sinalco-Heißtrank
seit Jahren erprobt und von Millionen anerkannt als ein vorzügliches, preiswertes, alkoholfreies Warmgetränk
Auf Name und Etikett ist besonders zu achten.

Reinh. Monski, Breslau 10 Matthiasstr. Nr. 67/71
Tel. Ring 12 334 Likörfabrik und Brennerel-Ausschank „Schwarzer Adler“

Robert Prinz Baubüro für elektrische Licht- und Kraftanlagen für Stadt und Land
Breslau, Reuschstraße 47/48 Tel.: R. 2955
Beleuchtungskörper für Gas und elektrisches Licht
Motore und Motor-Reparaturen · Osramlampen und Installationsmaterial

Wäsche Schürzen Strumpfwaren **Kaufhaus Goldnes Zepher** Kurz-, Weiß-, Wollwaren Handschuhe
Klosterstraße 47

Bekleidung

Thomas & Erner
Spezialgeschäft für Damenkleiderstoffe
Kostüm-, Mantel-, Seidenstoffe
Herrenstoffe · Waschatoffe

Herren-Bekleidungshaus
Hermann Paritzke
Nikolaistraße 48
Lager fertiger Anzüge
Raglans · Ulster · gestreifte Hose
Elegante Maßanfertigung
Solide Preise

N. Raphael
Ohlauer Straße 67
Anfertigung
feiner Herren-Garderobe nach Maß

Hans Becke, Theaterstraße 2
Preiswerte Pelzwaren

Sporthaus A. Riedel Sport-Artikel
Breslau Sport-Bekleidung
Scheitniger Straße 51

SCHIRME U. STÖCKE
Robinet
Eignung für alle St. 50

Damenkonfektion
Mäntel, Kostüme
Kleider, Röcke, Blusen
Friedrich Gronau
Klosterstraße 31
Guter Dauerkundschaft wird Zahlungsvereinfachung gewährt

Schlesische Handweber-Gebirgs-Leinen
Niederlage „Volks-Wohl“
bietet in den bekannten guten Qualitäten vom Besten das Billigste!
Hugo Klose, Paulstr. 23

W. Kelling
Färberei und chem. Waschanstalt
Reinigen und Färben von Winterkleidung
Filialen in allen Stadtteilen

Wohlfühl
BRESLAU
Poststr. 1 u. 2

Schuh-Quelle
Inh.: Fritz Nathan
Breslau, Reuschstraße, Ecke Königsplatz
Großes Lager in Schuhwaren für Herren, Damen und Kinder in einfachster bis zur elegantesten Ausführung

Jos. Gruschka
Neue Taschenstraße 6
Erstklassige Schuhwaren
Ia Qualitäten für Damen,
:: Herren und Kinder ::

F. Kretschmer
Gartenstr. 67 (gegenüber v. Hotel Vier Jahreszeiten)
Baby-Ausstattungen und Kinder-Bekleidung

Tuchhaus Eugen Hamburger
Teichstraße 21
Spezialität: Herrenstoffe, Kostümstoffe